

Hans Schifftan (* 8.Dezember 1899 in Berlin † 3.November 1941 im KZ Mauthausen)

Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
-IV C2- H.-Nr. Sch.9788-

Berlin SW 11, den 22.Mai 1941
Prinz-Albrecht-Straße 8

Schutzhaftbefehl

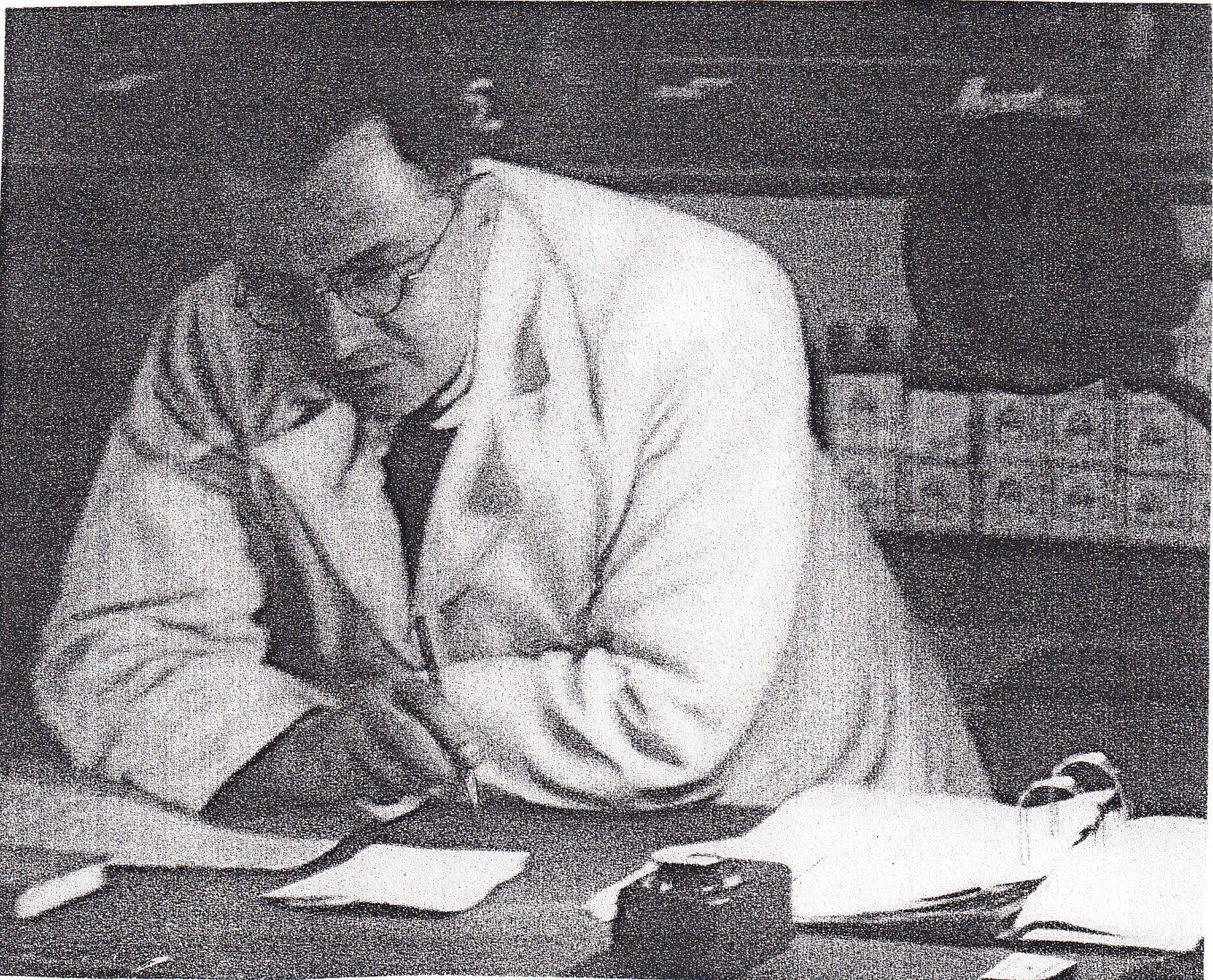
Vor- und Zuname: Hans Schifftan Geburtstag und -Ort: 8.12.99 Schöneberg
Beruf: Angestellter Familienstand: verh. Staatsangehörigkeit: DR.
Religion: glaubenslos Rasse (bei Nichtariern anzugeben): -.-
Wohnort und Wohnung: Berlin-Neukölln, Zietenstr.27.
wird in Schutzhaft genommen.

Gründe:

Er gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er auf Grund seines politischen Vorlebens zu der Befürchtung Anlaß gibt, er werde sich nach Verbüßung einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat erneut im marxistischen Sinne betätigen.

gez. H e y d r i c h.

Beglaubigt: R o t t a n



Stimmenverluste für NSDAP

Bei den zweiten Reichstagswahlen innerhalb von sechs Monaten – die Auflösung des Parlaments hatte sie erforderlich gemacht – müssen die Nationalsozialisten überraschend Stimmenverluste hinnehmen. Gegenüber der Wahl vom 31. Juli sinkt der Stimmenanteil der NSDAP von 37,4% auf 33,1%. Die Partei von Adolf Hitler verliert 34 ihrer bisher 230 Mandate. Auf die SPD entfallen 20,4% der Stimmen (31. Juli: 21,6%). Die KPD kann sich von 14,3% auf 16,9% der Stimmen verbessern. Die Wahlbeteiligung liegt mit 80,6% um 3,5% niedriger als bei der Juli-Wahl (Abb.: Karikatur von Karl Arnold, der die Gründe für die Niederlage der NSDAP in der Zerrissenheit der Partei sieht: Die Arbeiter schrecken vor den nationalistischen, die bürgerlichen Kräfte vor den sozialistischen Parolen zurück).

Trotz leichter Stimmengewinne für die DNVP und die DVP verfügt die seit Juni 1932 amtierende Regierung Franz von Papen weiterhin über keine tragfähige Mehrheit im Reichstag. Die Parteien, die Papen unterstützen (DNVP, DVP und Bayerische Volkspartei) repräsentieren insgesamt nur rd. 15% der Wähler in Deutschland. Da die republikfeindlichen Parteien (NSDAP auf der rechten, KPD auf der linken Seite) rechnerisch in der Mehrheit sind, bleibt die Bildung einer Regierung, die sich auf eine Parlamentsmajorität stützen kann, blockiert. Dies bedeutet, dass bis auf weiteres das seit März 1930 praktizierte System der sog. Präsidialkabinette, die mit Hilfe von Notverordnungen regieren, beibehalten werden muss. Reichspräsident Paul von Hindenburg, der diese Notverordnungen durch seine Unterschrift in Kraft setzt, behält somit seine Schlüsselrolle für die politische Entwicklung Deutschlands. Der Wahlkampf war überschattet von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Gegnern. Vor allem Anhänger der NSDAP und der Kommunisten lieferten sich blutige Straßenschlachten, bei denen zahlreiche Menschen ums Leben kamen. Die empfindlichen Stimmeneinbußen stürzen die NSDAP in eine Krise. Nach dem sensationellen Wahlsieg vom 31. Juli waren die Erwartungen hoch geschraubt worden. Viele Parteiangehörige rechneten damit, dass Adolf Hitler nach einem erwarteten Wahlsieg das Amt des



Reichskanzlers übernehmen würde. Reichskanzler Franz von Papen tritt am 17. November von seinem Amt zurück, nachdem er zuvor vergeblich um Unterstützung für seine Politik geworben hatte. Weder die Nationalsozialisten noch das Zentrum sind bereit, Papens Konzept eines von ihm geführten, autoritären »Neuen Staats« zu billigen. Die Sozialdemokraten lehnen Gespräche ab.

Reichskanzler übernehmen würde. Reichskanzler Franz von Papen tritt am 17. November von seinem Amt zurück, nachdem er zuvor vergeblich um Unterstützung für seine Politik geworben hatte. Weder die Nationalsozialisten noch das Zentrum sind bereit, Papens Konzept eines von ihm geführten, autoritären »Neuen Staats« zu billigen. Die Sozialdemokraten lehnen Gespräche ab.

9. November 1938

Die Reichspogromnacht

In Deutschland brennen die Synagogen, Juden werden ermordet, misshandelt und in Konzentrationslager gebracht. Zwei Tage nach dem Mordanschlag eines jungen Juden auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath in Paris kommt es in der Nacht vom 9. auf den 10. November zu den vermeintlich spontanen Aktionen gegen die seit Hitlers Machtergreifung diskrimi-



Zerstörte jüdische Geschäfte in Berlin

nierte Bevölkerungsgruppe. 91 Juden werden getötet, über 26000 verhaftet. 191 Synagogen brennen nieder, 76 weitere werden demoliert, 7500 Läden und 171 Wohnhäuser zerstört, zahlreiche Gemeindehäuser und Friedhöfe verwüstet. Die unzähligen zerbrochenen Fensterscheiben geben der Pogromnacht den verharmlosenden Namen »Reichskristallnacht«. Der Mord in Paris hat den Nationalsozialisten den gewünschten Anlass geliefert, um die lange vorbereiteten Aktionen gegen die Juden in Deutschland in die Tat umzusetzen. Als Initiator tritt Reichspropagandaminister Joseph Goebbels auf. Am Abend des 9. November erklärt er vor den in

München versammelten »alten Kämpfern« in einer mehrdeutig formulierten Rede, dass nach Auffassung Adolf Hitlers »spontanen Demonstrationen« gegen Juden von der NSDAP nicht entgegengetreten werde. Die Funktionäre verstehen die Rede, wie Goebbels sie gemeint hatte. Die Partei solle nach außen hin nicht als Urheber in Erscheinung treten, sie aber in Wirklichkeit organisieren und durchführen. Noch in derselben Nacht gehen SA-Trupps, die per Telefon oder Fernschreiber alarmiert wurden, gegen Juden, jüdische Einrichtungen und Geschäfte vor. Die Pogrome sowie die anschließenden Verhaftungswellen sollen nicht nur die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vorbereiten, sondern auch den Auswanderungsdruck erhöhen. Die verschärfte Judenverfolgung führt dazu, dass die USA ihren Botschafter in Berlin nach Washington zurückbeordern. US-Präsident Franklin D. Roosevelt äußert sich entsetzt über die Vorgänge in Deutschland. »Ich selber konnte kaum glauben, dass sich solche Dinge in der Zivilisation des 20. Jahrhunderts ereignen können«, sagt Roosevelt der Presse. Der britische Premier Neville Chamberlain erklärt vor dem Unterhaus in London, er wolle umgehend die Möglichkeit einer Unterbringung deutscher Flüchtlinge prüfen.

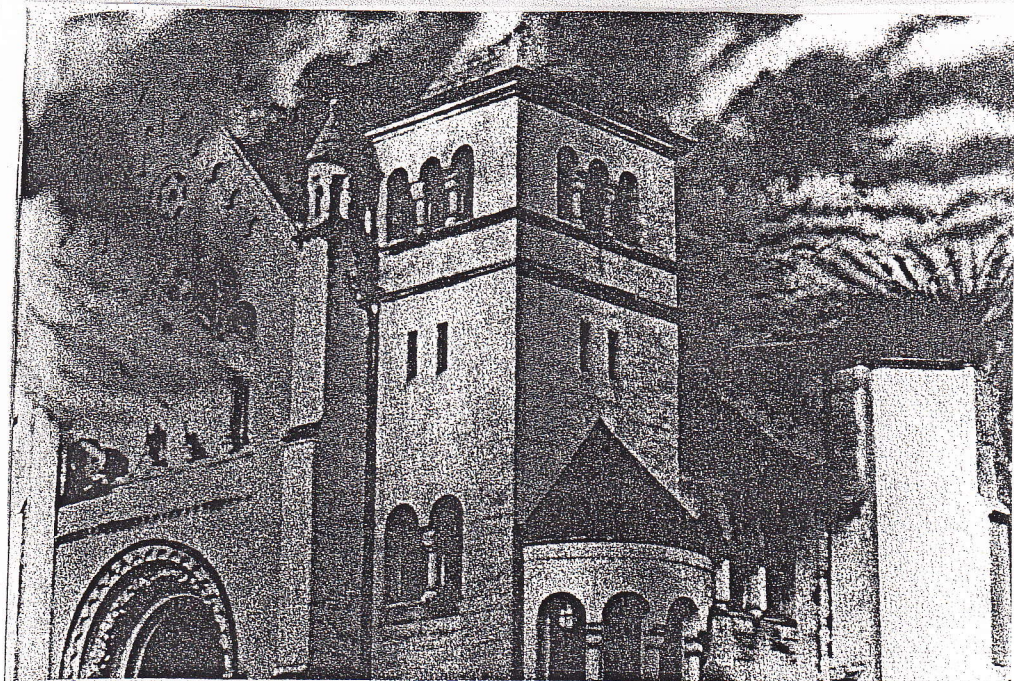


Freiburger, Dr. Gerdhard ist Krone.
Die Verträge und verblüffte Gedanke der Deutschen
Laffe über den Joden ist die Wahrheit an einem
jüdischen Zerstörer in Paris auf die in der ersten
Nacht in unvorstellbarem Maße hat verheert. Die jüdischen
Schicksal und das von Jüden durch die Verfolgung
gegen jüdische Geschäfte und Synagogen vorzugehen.
Die Orgel erweicht an die große, Zerstörung der Synagogen
Wahlverteilung von jüdischen Christen und
Juden zu jagen für Jüden, jüdische jüdische bei jüdischen
Angelegenheiten. Die jüdischen Synagogen auf der Straße
in Paris sind mit dem Jode der Verfolgung gegen die
Unterdrückung der Synagogen nicht zu vergleichen.

Die Synagoge ist abgebrannt!
Die jüdischen Geschäfte sind geschlossen!
Die Pogromverbrechen gegen Juden sind verheerend!

Das nationalsozialistische Volkstum
gegen das Weltjudentum
und seine jüdischen und rassen Zerstörer
für die Freiheit und Sicherheit
der Nation und aller Völkern in der Welt.
Adolf Wagner
und zehntausend Parteiredner

Aufruf der NSDAP zu einer Kundgebung in München



Hell in Flammen steht die Synagoge von Baden-Baden in der Reichspogromnacht.

Rückblicke

18. November 1939

Judenstern in Polen

Der Distriktchef von Krakau ordnet die Einführung der Armbinde mit dem sog. Judenstern als Kennzeichen für die jüdische Bevölkerung an (s. Abb.). Diese Verordnung gilt bald im gesamten Generalgouvernement. Darüber hinaus werden immer mehr Juden in die annektierten Gebiete abgeschoben. Am 12. Oktober waren zum ersten Mal Juden aus dem ehemaligen Österreich und dem



Protektorat Böhmen und Mähren ins am selben Tag durch Hitler proklamierte Generalgouvernement deportiert worden. Bei Lublin ist ein Gebiet von knapp 100 km² als sog. Judenreservation vorgesehen. Die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement wird zudem mit immer neuen Anordnungen diskriminiert. Das noch vorhandene Eigentum wird zum Teil eingezogen und die Bewegungsfreiheit eingeschränkt.

Am 31. Oktober erläutern deutsche Dienststellen die Grundlinien der Besatzungspolitik im ehemaligen Polen. Neben der Zwangsumsiedlung wird der Arbeitseinsatz der Polen sowie eine restriktive »Kulturpolitik« besprochen.

20. November 1945

Urteile gegen KZ-Schergen

Vor einem britischen Militärgericht in Lüneburg endet der erste Prozess gegen Wachmannschaften eines Konzentrationslagers. Auf der Anklagebank sitzen der ehemalige Kommandant des Lagers Bergen-Belsen, Josef Kramer (s. Abb., l. im



Gespräch mit seinem britischen Pflichtverteidiger), sowie 44 weitere Angehörige des Lagerpersonals. Kramer und zehn weitere Angeklagte werden zum To-

de verurteilt. 14 Angeklagte werden freigesprochen, die übrigen erhalten Haftstrafen zwischen einem Jahr und lebenslänglich. Die Todesurteile werden am 17. Dezember in einem Gefängnis in Hameln vollstreckt. Am 13. Dezember fällt ein US-Militärgericht im oberbayerischen Dachau die Urteile in einem Prozess gegen Angehörige des Lagerpersonals im Konzentrationslager Dachau. 36 Angeklagte erhalten die Todesstrafe, ein Angeklagter erhält eine lebenslängliche Haftstrafe, drei weitere werden zu je zehn Jahren verurteilt.

8. November 1939

Attentat auf Hitler

Knapp entgeht Reichskanzler Adolf Hitler einem Anschlag.



Kurz nachdem er eine Feier im Münchener Bürgerbräukeller verlassen hat, explodiert eine Bombe, die den Raum weitgehend zerstört (s. Abb.). Die deutsche Propaganda vermutet den Attentäter im britischen Geheimdienst. Verantwortlich ist jedoch Johann Georg Elser, der eine halbe Stunde vor der Explosion der Bombe auf der Flucht festgenommen wird.

Johann Georg Elser

Hitler-Attentäter, * 4.1.1903 Hermaringen/Württemberg; † 9.4.1945 KZ Dachau



Der 36-jährige Schreinereselle hat in rd. 35 Nächten die selbstkonstruierte Zeitbombe in den Pfeiler des Bürgerbräukellers hinter Hitlers Rednerpult eingebaut. Am Tag des Attentats wird er beim Versuch des illegalen Grenzübertritts in die Schweiz festgenommen. Untersuchungen ergeben, dass Elser als Einzeltäter handelte.

7. November 1944

Roosevelt bleibt US-Präsident

Franklin D. Roosevelt (s. Abb.) gewinnt zum vierten Mal die Präsidentschaftswahlen in den USA. Er ist der am längsten (seit 1933) amtierende Präsident der US-Geschichte. Mit dem knappsten Stimmenvorsprung seit 1916 schlägt der Demokrat Roosevelt den republikanischen Gegenkandidaten Thomas Dewey aus dem Rennen. Der hohe Stimmverlust für den Präsidenten liegt vermutlich in der geringen Zahl seiner Wahlkampfauftritte begründet. Roosevelt leidet unter zunehmender körperlicher Schwäche.



14. November 1940

Luftwaffe zerstört Coventry

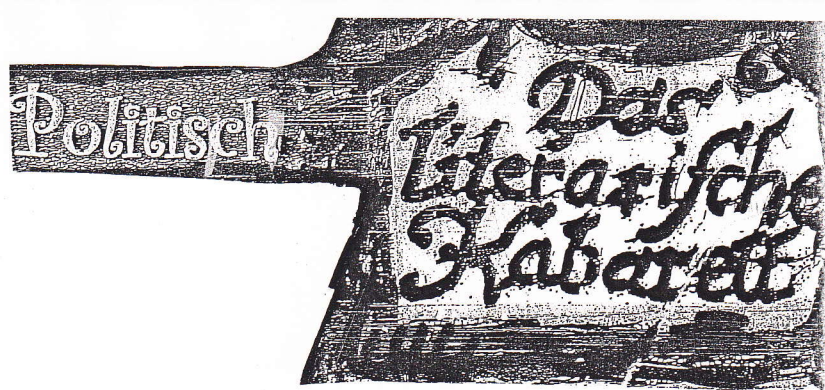
500 Bomber der deutschen Luftwaffe fliegen der bis dahin schwersten Angriff auf eine britische Stadt. 500 t Sprengbomben und Luftminen gehen auf das Zentrum des mittelenglischen Coventry nieder. 65 000 der 75 000 Gebäude werden zerstört (s. Abb.), fast 600 Menschen fallen dem Angriff zum Opfer. Die St.-Michaels-Kathedrale wird bis auf die Grundmauern vernichtet, das gesamte Stadtzentrum liegt in Trümmern. König Georg VI. stattet Coventry nach dem verheerenden Bombenangriff einen Besuch ab. Der Angriff auf Coventry ist Ausdruck des seit August andauernden verschärften deutsch-britischen Luftkriegs gegen Städte. Anfang Oktober flogen



zwei Bomberverbände der britischen Royal Air Force den bis dahin schwersten Angriff auf Berlin. Insgesamt warfen sie 50 t Sprengbomben über der Stadt ab. In nahezu allen Stadtteilen wurden Zerstörungen gemeldet. Im Fadenkreuz der Bomberpiloten auf beiden Seiten stehen in erster Linie verkehrstechnische Anlagen und Versorgungseinrichtungen. Durch die Zerstörung von Bahnhöfen, Flugplätzen und Hafenanlagen soll die Infrastruktur des Gegners zerstört oder zumindest geschwächt werden. Durch die Zerstörung von Kraft- und Wasserwerken soll zudem die Versorgung der Bevölkerung beeinträchtigt werden. Eine systematische Bombardierung reiner Wohngebiete ist zu diesem Zeitpunkt nicht das vorrangige Ziel der Bomberstaffeln. Neben Berlin sind vor allem Hamburg, München, Mannheim, Köln sowie das Ruhrgebiet Ziele der britischen Piloten.



Angeklagte im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess (2. Reihe v.l.): Hermann Göring, Rudolf Heß, Joachim von Ribbentrop, Wilhelm Keitel und Ernst Kaltenbrunner



Bettina Wegner (* 4.11.1947)

Sind so kleine Hände

Melodie 1

d g A d

Sind so klei-ne Hän - de, winz'ge Fin-ger dran.

g A d

Darf man nie drauf schla - gen, die zer-bre-chen dann.

Melodie 2

F C d

Sind so klei-ne Fü - ße mit so klei-nen Zehn.

F C d

Darf man nie drauf treten, könn' sie sonst nicht gehn.

- 1 Sind so kleine Hände winz'ge Finger dran.
Darf man nie drauf schlagen die zerbrechen dann.
- 2 Sind so kleine Füße mit so kleinen Zehn'.
Darf man nie drauf treten
könn' sie sonst nicht gehen'.

1 Sind so kleine Ohren
scharf, und Ihr erlaubt.
Darf man nie zerbrüllen,
werden davon taub.

2 Sind so kleine Seelen
offen und ganz frei.
Darf man niemals quälen
gehen' kaputt dabei.

2 Sind so schöne Münder
sprechen alles aus.
Darf man nie verbieten
Kommt sonst nichts mehr raus.

1 Ist so'n kleines Rückgrat
sieht man fast noch nicht.
Darf man niemals beugen
weil es sonst zerbricht.

1 Sind so klare Augen,
die noch alles sehn.
Darf man nie verbinden
könn' sie nichts verstehn'.

2 Grade, klare Menschen
wär'n ein schönes Ziel.
Leute ohne Rückgrat
haben wir schon zuviel.

Worte und Melodie (1978): Bettina Wegner. Sie war eine der bedeutendsten Liedermacherinnen der DDR. Wegen ihrer oppositionellen Haltung wird sie vom Schauspielstudium zwangsexmatrikuliert und kommt wegen ihres Protestes gegen den Einmarsch in die CSSR, den sie auf Flugblättern verbreitet, 1968 sogar in Haft.

Wähleranalyse

Von Michael Feske [Neulich im Internet gesurft und das gefunden:]

Sag mir wer du bist und ich sage dir welcher Partei du deine Stimme schenkst. So ähnlich klingen die Ergebnisse einer soeben ausgewerteten Studie der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig.

Bundesweit wurden hierzu ca. 2400 Wahlberechtigte befragt um Partei-präferenzen nach soziodemografischen Merkmalen aufzuschlüsseln. Erstmals sind in der Studie auch potenzielle Wähler der Piratenpartei sowie Unentschlossene und Nichtwähler erfasst. Die Studie wurde auf einer Veranstaltung unter dem Titel „Die Parteien und das Wählerherz“ am 13.09.2012 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Kernpunkte der Studie, nach Parteien sortiert, im Überblick:

FDP

Die reichsten Wähler haben unter anderem die FDP, die auch die Wähler mit den formal höchsten Bildungsabschlüssen besitzt. Kein einziger Arbeitsloser unter den Befragten würde je FDP wählen!

Stark ist das männliche Geschlecht vertreten, wobei sich der Anteil der Frauen bei den FDP - Anhängern im vergangenen Jahr nochmals deutlich verringert hat.

FDP - Anhänger benutzen klassische Medien, wie Zeitung, Radio, Fernsehen oder Telefon, aber auch Smartphone und das Internet.

Sie zeigen sich am wenigsten ängstlich.

Die Liberalen haben ein eindeutiges Wählerprofil als Klientelpartei der Reichen!

CDU

Die Ältesten Wähler hat die CDU mit durchschnittlich 58 Jahren. Sie sorgen sich auch am wenigsten um ihren Arbeitsplatz. Was neue Medien und Online - Nutzung angeht, sind sie eher abstinent. Unter den Wählern halten sich die Geschlechter annähernd die Waage.

Linke

Über 60% der Linken - Wähler sind konfessionslos. Männer sind bei den Linken überproportional vertreten. Sie werden eher von den weniger betuchten Wählern gewählt.

Und sie ist eine Partei des Ostens!

Grüne

Wie die FDP, haben auch die Grünen die reichsten Wähler. Die Grünen finden im Westen der Republik eher Zustimmung. Sie wird häufig von Frauen gewählt. Wer in der Nachbarschaft oder im Beruf Kontakt zu anderen Nationalitäten hat wählt vermehrt die Grünen!

Auch unter den Grünen ist die Nutzung der neuen Medien weit verbreitet.

Rechtsextreme Parteien

Männer sind bei den Rechten Parteien deutlich stärker vertreten. Bei ihnen sind sowohl sehr arme als auch sehr wohlhabende Menschen zu finden. Anhänger der rechtsextremen Partei sorgen sich mittlerweile wenig um ihren Arbeitsplatz. Dabei haben sie eine ausgeprägt depressive Grundstimmung.

Eher nicht gewählt werden Rechte von Katholiken und Protestanten, sowie von Menschen, die Kontakt zu Menschen anderer Nationalitäten haben.

Piraten

Die Wähler der Piratenpartei leben, der Studie zufolge, häufig in einer „prekären Lebenssituation“: Sie haben von allen Parteianhängern die größte Angst um ihren Job. Geringverdiener wenden sich auch am ehesten der Piratenpartei zu. Hier stellten die Forscher eine Veränderung fest: Vor einem Jahr seien die Wähler der rechten Parteien noch von großer Sorge um den Arbeitsplatz erfüllt gewesen. Nun sind es die der Piratenpartei. Dabei gibt es unter den Piraten - Anhängern die am wenigste depressive Grundstimmung.

Und sie zieht die jüngsten Wähler an. Dabei täuscht der Eindruck, dass nur Männer die Piraten wählen.

Wie nicht anders zu erwarten, sind Computer und Internet die Domäne der Piraten - Wähler!

Unentschlossen Wähler

Sie sind mit am wenigsten ängstlich und scheinen sehr selbstsicher. Auch Leute mit besserem Bildungsstand treten deutlich hervor. Sie wohnen eher in ländlichen Bereichen.

Frauen sind bei den Unentschlossenen überproportional vertreten.

Nichtwähler

Nichtwähler beschreiben sich auffallend ängstlich und mit einer ausgeprägten depressiven Grundstimmung. Ebenso sind Frauen überproportional vertreten.

Nichtwähler haben große Sorgen um ihren Arbeitsplatz.

Und:

Ein Drittel aller Arbeitslosen sind Nichtwähler!

Und zum Schluss unsere Partei:

SPD

Unsere Anhänger der SPD sorgen sich wenig um ihren Arbeitsplatz. Dabei verdienen sie nicht so viel wie Anhänger von FDP und Grünen. Auch bei uns – wie bei der CDU – steht es mit der Altersstruktur nicht zum Besten.

Beide Geschlechter halten sich bei uns die Waage. Protestanten präferieren eher für die SPD.

Die SPD wird wieder mehr in städtischen Regionen gewählt. Sie sind bei der Nutzung neuer Medien und bei der Onlinenutzung – ebenfalls wie die Anhänger der CDU – auch eher abstinent.

Auffällig in der Studie ist, dass die SPD im Osten 10% weniger Anhänger hat als im Westen.

Welcher Partei man seine Stimme gibt, hängt also beim deutschen Wahlberechtigten maßgeblich ab von Einkommen, Bildung, Region, Alter, Geschlecht, Konfession und Arbeitsplatz-sicherheit. Parteien sind durchaus Vertreter gesellschaftlicher Gruppen.

Und wahrscheinlich auch, wie vorherige Umfragen zum selben Thema, dass die beobachteten Verschiebungen im Wähler-verhalten durchaus langfristig passieren und das sich die Wähler bestimmten Parteien grundsätzlich zugeneigt fühlen. Auch wenn kurzfristige hohe Zustimmungswerte einiger Parteien (z. B. letzte Bundestagswahl die FDP mit Rekordergebnis - zum Glück vorbei; Grüne letztes Jahr hohe Umfragewerte - leider vorbei, da schlecht für Rot - Grün) uns etwas anders vorgaukeln.

Alle Parteien sind demnach auch ein Stück weit Klientelpartei. Die Frage ist nur für wen?